



2021/39 dschungel

<https://ads.jungle.world/artikel/2021/39/identitaetspolitische-trugschluesse>

Walter Benn Michaels kritisiert das Diversitätsparadigma von links

Identitätspolitische Trugschlüsse

Von **Till Randolph Amelung**

Der US-amerikanische Literaturwissenschaftler Walter Benn Michaels kritisiert das Diversitätsparadigma von links. Sein Schluss lautet: Je mehr die Linke von Identität spricht, desto ungestörter kann sich neoliberale Sozialpolitik ausbreiten.

Als sich Sahra Wagenknecht in diesem Jahr öffentlichkeitswirksam darüber beklagte, dass sogenannte Identitätspolitik innerhalb der Linken Forderungen nach ökonomischer Umverteilung abgelöst habe, zog das einen Shitstorm nach sich. Die Bundestagsabgeordnete der Linkspartei bezog sich auf Debatten über »Diversity«, was vielerorts auch als »Vielfalt« eingedeutscht wurde, und »Intersektionalität«.

In diesen gehe es, so Wagenknecht, mehr um das Ausstellen von Vielfalt, während die Beseitigung ungleicher Vermögensverhältnisse in den Hintergrund gerate. Wagenknecht sprach in dem Zusammenhang von »skurrilen Minderheiten«, worauf sich die Kritik einschoss. Auf ihr Argument der Verdrängung von Themen wie Umverteilung, soziale Absicherung und ökonomische Regulation wurde meist nicht eingegangen.

Im Diversitätsparadigma wird Engagement gegen Diskriminierung als Wertschätzung des Unterschieds verstanden – um die Abschaffung des konstatierten Unterschieds geht es nicht mehr.

Eine Fundamentalkritik an der Idee von Diversität und damit verknüpften Programmen wie affirmative action in den USA, die nicht ressentimentgeladen klingt, hat der Literaturwissenschaftler Walter Benn Michaels bereits 2006 veröffentlicht und sie 2016 aktualisiert. Diese aktualisierte Fassung ist nun auf Deutsch unter dem Titel »Der Trubel um Diversität. Wie wir lernten, Identitäten zu lieben und Ungleichheit zu ignorieren« in der Edition Tiamat erschienen, dem Verlag, der die verdienstvolle Aufgabe übernommen hat, interessante linke Autoren aus dem Ausland zu übersetzen, die das Diversitätsparadigma kritisieren, so beispielsweise Caroline Fourest, Pascal Bruckner und Thomas Chatterton Williams.

»Diversity«, sprich Vielfalt, und deren Management sind inzwischen in vielen Institutionen in Deutschland etabliert – in Unternehmen, vom mittelständischen bis zum weltumspannenden, ebenso wie in Stiftungen, Ministerien oder Hochschulen. Diese Entwicklungen erhielten hierzulande insbesondere durch das Inkrafttreten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes

(AGG) 2006 einen enormen Schub. Das AGG soll »Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität verhindern und beseitigen«. Verknüpft ist das Gesetz mit Rechtsansprüchen gegenüber Arbeitgebern und Dienstleistern, wenn diese gegen das Diskriminierungsverbot verstoßen.

Das klassische Vorbild für derartige Gesetze ist der US-amerikanische Civil Rights Act von 1964. Wenige Jahre zuvor war die affirmative action eingeführt worden, mit der geschehene Diskriminierungen kompensiert und zukünftige verhindert werden sollen. Bekannte Maßnahmen sind beispielsweise diversity trainings, spezielle Bildungsprogramme oder das Senken von Leistungsvorgaben für definierte Gruppen.

Michaels' zentrale These ist, dass derlei Gesetze und Maßnahmen nicht dazu beitragen, soziale Ungleichheit zu beseitigen, weil sich dabei alles um Vorurteile, aber nicht um gerechtere Vermögensverteilung drehe. Eine weithin gängige Rede ist die vom »weißen Reichtum«, der auf Rassismus basiere. Michaels hält dem entgegen, dass innerhalb der weißen Bevölkerung 20 Prozent der reichsten Weißen in den USA mehr als 85 Prozent des Reichtums besitzen, 50 Prozent sich das Verbliebene teilen und 30 Prozent überhaupt nichts besitzen. »Die grundlegende ökonomische Ungleichheit in den USA besteht nicht zwischen Weißen und Schwarzen, sondern zwischen einer relativ kleinen Anzahl reicher (hauptsächlich weißer) Leute und allen anderen: Schwarzen, Weißen, Asiaten«, schreibt er in seinem Vorwort für die deutsche Ausgabe. Gerade diejenigen, die von dieser Ungleichheit profitieren, so Michaels weiter, seien wenig erpicht darauf, über Klassenunterschiede zu reden, und sprechen lieber über »Rasse«.

Historisch habe Rassismus in den USA nicht nur die Solidarität zwischen armen Weißen und armen Schwarzen zerstört, konstatiert er, sondern auch ein Bindeglied zwischen armen und reichen Weißen geschaffen – zum Vorteil der Letzteren. Der heutige Antirassismus erfülle einen ähnlichen Zweck. Mit treffsicherer Polemik konstatiert der Autor: »Die Oberschicht, die weiße Arbeiter einst dazu beglückwünschte, ›einer Rasse von Welteroberern‹ anzugehören, klagt sie nun des irrigen Glaubens an, ›einer Rasse von Welteroberern‹ anzugehören. Wohl wahr, das Einzige, was gebildete Weiße mit Hochschulabschluss noch lieber mögen, als sich für ihren eigenen Rassismus zu entschuldigen (der Fachausdruck lautet ›Privilegien checken‹), ist, ungebildete Weiße ohne Hochschulabschluss als Rassisten anzuklagen.« Ergänzt wird dies durch statistische Erhebungen, die unter anderem zeigen, dass sich im Bereich der Gesundheitsversorgung die Kluft zwischen Schwarzen und Weißen verringert habe. Am größten sei sie jedoch immer noch zwischen Menschen mit und Menschen ohne Hochschulabschluss.

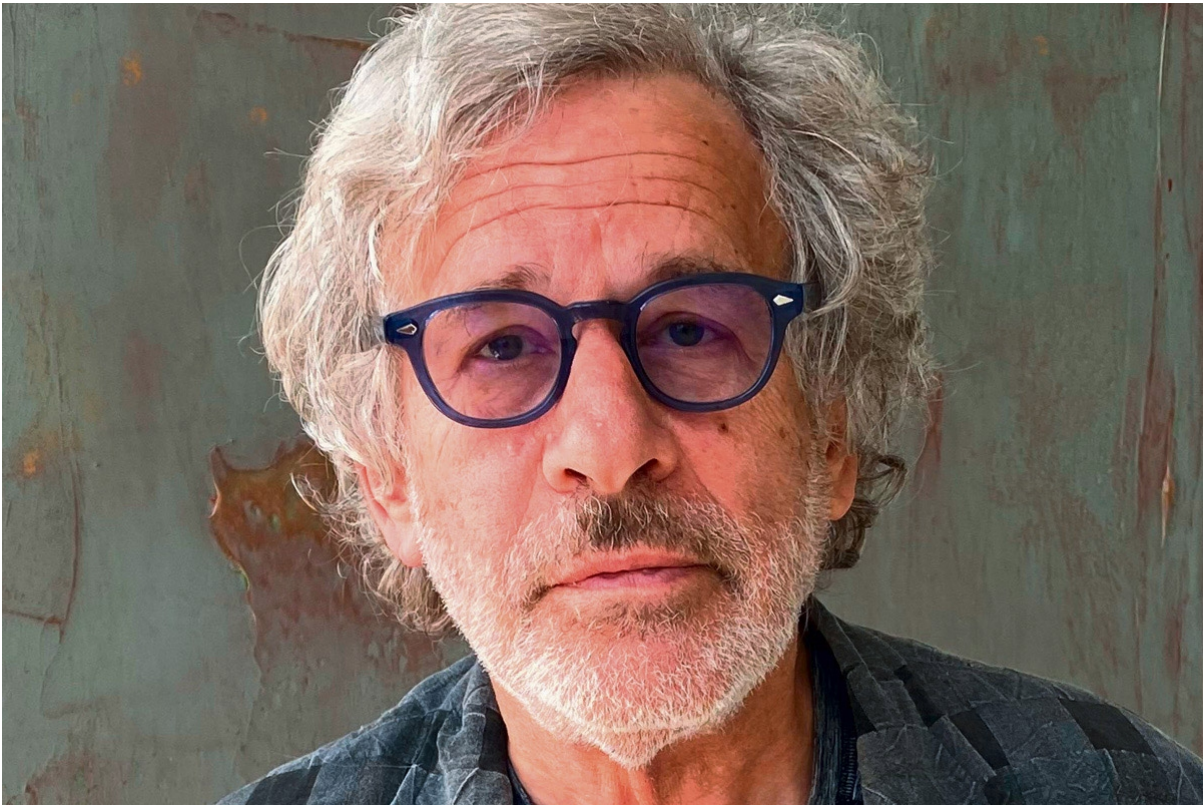
Im Diversitätsparadigma wird Engagement gegen Diskriminierung als Wertschätzung des Unterschieds verstanden – um die Abschaffung dieses konstatierten Unterschieds geht es nicht mehr. Fragen sozusagen farbenblinder ökonomischer Gerechtigkeit sind kaum mehr Thema, obwohl gerade die Kluft zwischen Arm und Reich enorm gewachsen ist. Stattdessen ist in der Verhimmelung von Vielfalt an sich auch aus ökonomischer Ungleichheit ein Diskriminierungsmerkmal gemacht worden, das »Klassismus« genannt wird. Die soziale Ungleichheit wird so zu einem kulturellen Unterschied deklariert. Das hat Michaels zufolge gravierende Folgen, denn so werde »unsere Haltung zu den Armen zu einem Problem, das gelöst werden muss, nicht die Armut selbst«.

Die Bemühungen um diversity nützen so vor allem denen, die aus wohlhabenderen Schichten stammen. Michaels nennt als ein Beispiel affirmative action an Universitäten, die sich bei der Zulassung darum bemühen, möglichst viele nichtweiße Studenten zu berücksichtigen. Wenn dabei angewandte Prinzipien jedoch auf Einkommensverhältnisse übertragen würden, so schreibt er, dann müsste ein Großteil der Studenten aus finanziell besser gestellten Elternhäusern gehen und Platz für solche aus den unteren Einkommensschichten machen.

Die Kräfte und Taktiken des Neoliberalismus sind wohlbekannt. So gingen Erfolge von Bürgerrechtsbewegungen in marktliberalen Demokratien auch damit einher, dass sich letztlich das Arbeitskräftereservoir vorteilhaft vergrößerte. Gängig ist es, dafür zu werben, dass Gesellschaften ethnisch, sexuell und geschlechtlich vielfältiger werden sollen. Während Firmen durch die »Vielfalt in der Arbeitswelt«, wie sie beispielsweise das CDU-Wahlprogramm fordert, ihren Profit maximieren können, wird angenommen, dass eine Gesellschaft durch eine vielfältigere Repräsentation gerechter werde. Doch wie Michaels gut belegt zeigt, ist dies ein Trugschluss. »Solange die Linke sich weiterhin um Diversität sorgt, braucht die Rechte sich um Ungleichheit keine Sorgen zu machen«, ist eine seiner vielen treffenden Feststellungen.

Inzwischen sind Debatten über Sinn und Zweck von Diversität und über die Wahl der Mittel, wie man zu einer vielfältigen und sozial gerechten Gesellschaft kommen könnte, immer weniger erwünscht. Wagenknecht sah sich mit einem Parteiausschlussverfahren konfrontiert. Und Michaels wurde von einer Gruppe deutscher Akademiker 2020 für einen Vortrag erst ein- und dann wieder eingeladen, weil ein schwarzer Professor nach Lektüre der englischsprachigen Ausgabe das Gefühl bekam, er würde sich selbst bei einem Online-Vortrag »einer Art von Gewalt aussetzen«. Auch ein derart entgrenztes Verständnis von Gewalt hat man dem Diversitätsparadigma zu verdanken, ebenso wie die Forderung, dass Universitäten mehr zu safe spaces werden sollen, obwohl man gerade dort inhaltliche Auseinandersetzungen führen sollte.

Michaels' pointierte Kritik ist lesenswert, wenngleich sie Kennern der Debatten möglicherweise nicht viel Neues bietet. Zudem gibt sie Einblicke in die gesellschaftspolitischen Hintergründe in den USA, die dort die Entwicklungen prägen. Da dort verbreitete Begriffe und Theorien, insbesondere der Begriff »race«, nur wenig mit der deutschen Debatte zu tun haben, kann sich die Lektüre trotz der erst mit 15 Jahren Verspätung erschienenen Übersetzung lohnen, um die Diskussion in den USA besser zu verstehen.



Walter Benn Michaels: Der Trubel um Diversität. Wie wir lernten, Identitäten zu lieben und Ungleichheit zu ignorieren. Aus dem amerikanischen Englisch übersetzt von Christoph Hesse. Edition Tiamat, Berlin 2021, 296 Seiten, 24 Euro

© Jungle World Verlags GmbH